

20

17. Januar 1944.

R.M. über das Verhältnis des Sozialministeriums zum Reichskanzleramt.

Die Punkte, die in Nasjonal Samlings Programm die sozialen Fragen direkt behandeln, sind sowohl ihren Inhalt als ihrer Formulierung nach so, dass sie Aufmerksamkeit erwecken und von den meisten Sympathie und Beifall fordern und erhalten. Besonders nach den sozialen Kämpfen der Vertriebszeit mit Streiks, Lockout und Arbeitslosigkeit und einer Reihe ungerechter und schiefer Tarifbestimmungen, die oft zufällig durch die gerade vorhandenen Kräfteverhältnisse der sich untereinander bekämpfenden Gruppen entstanden waren, würde das neue soziale Programm mit dem Durchführungspfad, welcher nach und nach veröffentlicht worden ist, gerade für die breite Masse des Volkes als eine erstrebenswerte Grundlage für die soziale Entwicklung erscheinen.

Das Volk hat jedoch genug gesehen von Programmversprechungen, deshalb kann nur die praktische Durchführung des sozialen Programms der neuen Führung des notwendigen Vertrauen des Volkes schenken und das Volk zu Anhänger dieser gerechten Sache machen. (Genau so sicher wie Nasjonal Samlings Führung, in erster Linie der Ministerpräsident persönlich und seine Richtlinien, mittels der Durchführung des sozialen Programms einen entscheidenden Durchbruch als Volkregierung mit allgemeiner Zustimmung gehabt haben würde, genau so sicher mussten un erfüllt soziale Versprechen einen kolossalen Rückschlag, mangelndes Verständnis und direkten Widerstand bei den breiten Massen erzeugen.) In Wirklichkeit ist die Entwicklung auf diesem Gebiet entscheidend für Nasjonal Samlings Existenz und dies liegt so klar aus, dass niemand, der sich mit sozialen und politischen Fragen in Norwegen befasst, das Recht haben darf zu behaupten, dass er das Entscheidende in dieser Sache nicht versteht.

P.H. Über das Verhältnis des Sozialministeriums zum Reichskommissariat.

Den Ausbruch des Krieges und die Schwierigkeiten, die dieser mit sich bringt, als Entschuldigung für die Nichtdurchführung oder mangelhafte Durchführung des sozialen Programms zu gebrauchen, ist zwecklos. Die Schwierigkeiten des Krieges nimmt das Volk als eine natürliche, wenn auch unangenehme Entwicklung hin, besonders nach so langer Kriegsdauer und Besetzung des Landes. Die grossen Forderungen fallen weg, mit um so grösserer Aufmerksamkeit aber achtet das Volk darauf, ob es das erhält, was seiner Meinung nach von den Versprechungen eingelöst werden kann und nicht zum wenigsten von den Versprechungen, die auch während des Krieges ständig öffentlich wiederholt werden.

Es muss festgestellt werden, dass von Nasjonal Samling's sozialem Programm auch nicht einmal das verwirklicht worden ist, was trotz des Krieges sehr wohl hätte verwirklicht werden können und die sozialen Versprechungen, die während des Krieges immer wieder erneuert worden sind, sind nur in kleinem Ausmass eingelöst worden. Etwas anderes ist ja auch nicht zu erwarten, wenn die sozialen Verhältnisse hier im Lande mit denselben Augen gesehen werden und dieselben Verordnungen erlassen werden wie in einer Reihe anderer besetzter europäischer Gebiete mit ganz anderer sozialer Struktur und wenn die Arbeiter des Landes in ihrem Arbeitsverhältnis seitens des Reichskommissariats als "Ausländer" bezeichnet und behandelt werden, eine für norwegische Ohren direkt schikanöse Bezeichnung.

Ich habe im Laufe von mehr als zwei Jahren, dienstlich durch das Sozialministerium und in dienstlichen und gesellschaftlichen Zusammenkünften, den deutschen Behörden gegenüber sowohl auf die sozialen, als auf die politischen und propagandistischen Folgen hingewiesen, ohne dass man mir die geringste Gelegenheit gegeben hat an den Dingen etwas zu ändern. Es sind halbe Zusagen gegeben worden, aber sie sind nicht gehalten worden.

17. Januar 1944.

- 3 -

F.M. über das Verhältnis des Sozialministeriums zum Reichskommissariat.

Ich habe in einer Unterredung mit dem Reichskommissar vor ca 3 Monaten ausdrücklich hervorgehoben, dass durch die Bestimmungen auf gewissen Gebieten, welche das Reichskommissariat das Sozialministerium aufrechterhalten zwingt, der Kommunismus gefördert, ja neu geschaffen wird und dass man dadurch vermehrte Produktionsabotage riskiert. Dies ist heute nicht weniger wahr als damals und die indirekte Folge für den Ministerpräsidenten und die verantwortlichen norwegischen Behörden ist die untragbare Tatsache, dass Ruhe und Ordnung im Lande von einem Machtfaktor abhängig geworden sind, der sich nicht im Bereich der norwegischen Behörden befindet.

Eine Reihe Beispiele vom Arbeitsgebiet des Sozialministeriums beleuchten die Entwicklung:

Vor Kriegsausbruch in Norwegen, im Januar 1940, bekamen die Arbeiter eine generelle Lohnzulage von 12 Öre die Stunde, im März 1940 weitere 8 Öre (Frauen 5 Öre) die Stunde. Am 1. Juni 1940, als nach der teilweisen Besetzung des Landes, wurden 12 Öre Zulage ohne weiteres wieder gestrichen. Das gibt den Arbeitern Gelegenheit zu behaupten, dass sie heute tatsächlich geringeren Lohn in Kronen und Öre haben als vor dem Kriege. Dies ist ein stark benutztes Argument in Arbeiterkreisen gewesen. Nur ein wenig Verständnis für die Mentalität unseres Volkes und der gute Wille auf verantwortliche norwegische Behörden hören zu wollen, hätten den Fehler verhindert oder ihn korrigiert.

Das Sozialministerium hatte Gelegenheit den Arbeitern in den Betrieben, in denen die generelle Zulage vom März 1940 nicht durchgeführt worden war, eine Teuerungszulage zu gewähren. Der Lohnstopp für die besetzten Gebiete wurde benutzt diese Möglichkeit zum Ausgleich zu verhindern.

2 Die Gemeinden versuchten eine Teuerungszulage für ihre Angestellten in Höhe von Kr. 200.- im Jahr zu bekommen. Einem Drittel der Gemeinden wurde dies auf Antrag hin bewilligt. Diese Gemeinden waren über das ganze Land verstreut.

17. Januar 1944. 206

- 4 -

P.M. über das Verhältnis des Sozialministeriums zum Reichskommissariat.

Der Lohnstopp machte von einem bestimmten Tag und Stunde an Schluss damit. Das Reichskommissariat hat bis heute nicht eingewilligt dies zu ordnen und die Folge davon ist, dass die Angestellten von 500 Gemeinden das Sozialministerium, den Sozialminister und im weiteren Verlauf die ganze Neuordnung verfluchen wegen so viel Inkonsequenz und Mangel an Verständnis.

Diese Liste kann nach Belieben ergänzt werden, aber es genügt die Richtlinien für den Lohnstopp anzuführen, die das Reichskommissariat dem Sozialministerium vorgeschrieben hat:

1. Mehrarbeit, die durch den Krieg verursacht wird, wird nicht vergütet.
2. Ungerechte und den Verhältnissen nicht entsprechende Lohnsätze und ungerechte Verhältnisse von vor dem Krieg, dürfen jetzt nicht zur Revision aufgenommen werden.
3. In Betrieben, in denen die Arbeiter früher nicht organisiert waren und nach den geltenden Fachsätzen zu niedrig bezahlt wurden, soll die Tatsache, dass die Arbeiter sich jetzt der Fachorganisation anschließen, keinen höheren Lohnanspruch bedingen und bedingt auch nicht, dass der Tariflohn des betreffenden Faches eingeführt wird.

Wollte man klare Richtlinien zur Bekämpfung der Neuordnung, der Richtlinien der neuen Zeit und des gerechten Ausbaus der Organisationen des Arbeitslebens aufstellen, so könnte man dies kaum klarer und besser machen.

In Verbindung hiermit muss erwähnt werden, dass das Reichskommissariat eine Senkung des Lebensstandards durchzuführen wünschte. Nachdem man es aufgab eine grössere Lohnsenkung durchzuführen, wurden die Preise auf der ganzen Linie erhöht. Diese Preissteigerung beträgt heute im Verhältnis zum ersten Viertel des Jahres 1940 50% und mehr, sowohl nach der öffentlichen Statistik, als auch nach der